

**Anfrage des Grafen Apponyi über
die wirtschaftlichen Vereinbarungen
mit Deutschland.**

Budapest, 16. Mai. Am Schluß der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wird Graf Albert Apponyi folgende dringliche Interpellation einbringen:

Indem ich unter Vorbehalt der Kritik der Einzelheiten die Tatsache mit Genugtuung begrüße, daß anlässlich der letzten Monarchenbegegnung bezüglich der Verlängerung und Festigung des Bündnisses mit Deutschland eine prinzipielle Vereinbarung zustande gekommen ist, frage ich den Ministerpräsidenten: Hält die ungarische Regierung an dem von dem früheren Kabinett Weterle vertretenen Standpunkte fest, wonach die mit Deutschland getroffenen wirtschaftlichen Vereinbarungen weder rechtlich noch tatsächlich durch Schaffung einer Zwangslage die Entschließungsfreiheit des künftigen Reichstages in Angelegenheit des mit Oesterreich abzuschließenden Ausgleiches präjudizieren? Ist die Regierung entschlossen, Deutschland gegenüber nur solchen Vereinbarungen zuzustimmen, welche dieser Anforderung entsprechen?